

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertagen in Halle a. S. Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braubachstr. 17. Fernspr. 6802. Erscheinungstage täglich von 11-12

Verlag: G. Expedition: Halle, Gr. Wallstr. 27. Fernspr. 5407. Verlagskonto Leipzig Nr. 87513

Nr. 245

Abgabepreis: Durch den Postboten monatlich 2.50 Mk., einschließlich Zustellung. Für Abnehmer 5. Mk. Durch den Postboten im Vierteljahr 10. Mk., monatlich 5. Mk. Vierteljahr 25. Mk.

Halle, Montag, den 18. Oktober 1920

Anzeigenpreis: Im Anzeigenblatt, Einzelzeile 10 Pfg., 6 Spalten 60 Pfg., die übrigen Reklame im Preisverhältnis 1:10. Einmalige Anzeigenpreise für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

4. Jahrgang.

Der letzte Tag in Kassel.

Wahl des Parteivorstandes — Das Rheinland bleibt deutsch — Die Wohnungsfrage — Müller hält die Schlüsselrede.

Zu Beginn der Sonnabendabendung wurde das Ergebnis der Wahl zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission bekanntgegeben. Bei der Wahl zum Parteivorstand wurden 330 Stimmen abgegeben. Es erhielten Hermann Müller 327, Otto Wille 209, Friedrich Barthele 330, Otto Feinlich 327, Wilhelm Pionusch und Hermann Wolfenbühler je 328, Frau Marie Schaefer 322, Dr. Adolf Braun 316, Franz Krüger 282 und Johannes G. Lilling 318 Stimmen. — Als Stellvertreter wurden gewählt Richard Fischer mit 329, Otto Franke mit 326, Karl Gildenbrandt mit 327, Adolf Ritter mit 326, Elfrida Kugel mit 321 und Heinrich Schulz mit 312 Stimmen. — In der Kontrollkommission wurden gewählt Brüder mit 306, Pöbe mit 228, Breg mit 290, Frenschmann mit 276, Buntau mit 261, Theodor Fischer mit 248, Helene Grünberg, Müller und Fischerfelder mit je 212 Stimmen. Außerdem erhielten Frau Bollmann 131, Strobel 140, Körner 127 und Hug 123 Stimmen.

Herrn Müller, der sich wiedergewählt in den Vorstand ist Otto Braun, und zwar auf eigenen Wunsch. Parteivorstand und Parteiausführung haben sich mit der Frage des Verbleibens von Genossen im Parteivorstand beschäftigt, die in Ministerialstellen berufen worden sind. In Weimar haben wir diese Genossen trotzdem wieder in den Parteivorstand gewählt. Nur Grund dafür ist, daß wir die Genossen nicht aus dem Parteivorstand ausschließen, sondern sie in der Parteiarbeit selbst dem Parteivorstand gegenüber der Reichsregierung und der Preussischen Regierung völlig frei Hand lassen, zumal wir es im Reich und Preußen in der nächsten Zeit mit Koalitionsregierungen zu tun haben werden.

Braun muß in der Preussischen Regierung bleiben, solange es geht, denn es gilt, die Demokratisierung Preußens durchzuführen.

Sollte aber ein früheres Mitglied des Parteivorstandes aus der Regierung wieder ausscheiden, so ist Vorfrage getroffen, daß dieser Genosse nach Änderung des Parteivorstandes und des Parteiausführungsses seine Tätigkeit im Parteivorstand wieder aufnehmen kann.

Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden. Der Parteitag (Berlin) berichtet über die Arbeiten der Besondere-Kommission. Sie hatte sich zu beschäftigen mit der Besondere des Genossen Hohenatz (Wachen), der ohne dazu ermächtigt zu sein, dem Kommandanten der französischen Besatzungstruppen weitreichende Erläuterungen abgegeben hat über einen Anschlag des eventuell selbständig gemordeten Rheinlandes an Frankreich. (Hört, hört.)

Hohenatz hat dabei erklärt, daß er das Ziel einer selbständigen Rheinischen Republik mit allen Mitteln verfolgen wolle. Er hat aber im Anschluß daran betont, daß wenn Deutschland durch Reaktionen oder Monarchismen zerfallen werden sollte, für das Rheinland der Anschluß an Frankreich das kleinere Übel wäre. (Hört, hört.)

Er hat dabei den Kommandanten im Namen der Sozialdemokratischen Partei gebeten, das Hauptquartier der Militären dahin zu verlegen, daß für diesen Fall die ganze linke Rheinlinie in Frankreich aufgenommen werden möge. (Hört, hört.) Die Genossen des Reiches haben Hohenatz zu solchen Erläuterungen kein Mandat gegeben und haben nur, weil es sich bei ihm um einen alten vertriebenen Parteigenossen handelt, eine scharfe Rüge für ausreichend gehalten. (Zuruf: Genügt nicht!) Hohenatz, der dieses Urteil als hart empfindet, behauptet sich deshalb beim Parteitag. Wir sind aber einmütig zu dem Beschlusse gekommen, diese Beschwärde zurückzunehmen. Der Parteitag erklärt sich ohne Zusatzfrage damit einverstanden.

Hierauf wird in der Debatte über die Wohnungsfrage eingetreten. — Felix (Gömnitz) mündlich ein Arbeitsprogramm für die allerhöchste Zeit. — Beschluß (Berlin): Die nächste Baukonjunktur darf keinesfalls verfließen; weshalb muß das Reich weitere Mittel zur Verfügung stellen. Die Sozialisierung des Baustoffgeschäftes und der Baubetriebe wird von Eifer der Bauarbeiter begehrt. Der Parteivorstand und die Fraktion sind mit politischen Aufgaben überlastet; wir lassen lieber eine besondere Kommission aus Vertretern der Parteitagsgeneration des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderen Gewerkschaften, die die Gewerkschaften ausarbeiten und die Migration fördern. — Damm (Wiesbaden) berichtet von den tröstlichen Wohnungsverhältnissen im besetzten Gebiet:

„Jede freie Wohnung muß zunächst den französischen Behörden gemeldet werden, ob nicht Anspruch darauf erhoben. (Hört, hört.) 10 Prozent des Haushaltes im besetzten Gebiet sind schon in französische und holländische Hände übergegangen. (Hört, hört.)

Wir dürfen die Wohnungssteuer nicht ablehnen, sondern müssen sie zu umgelenken, daß die Baugewerkschaften daraus Nutzen ziehen. — Frau Schumann (Gömnitz) fordert, daß die großen Wohnungen rückständig werden und daß die letzten Schlüsseln und Kaminen als Entgelt für die Arbeiterkinder eingekauft werden. — Dr. Crain (Reinhardt): Auch in der Bergarbeiterkolonie an der Saar ist der Wohnungsmangel ganz außerordentlich. Scharfe Zwangseinkaufsverordnungen werden von Bürgerämtern des Reichs über die Wohnungsnot abgemittelt.

Nach Annahme eines Schlussantrages empfiehlt Hans Firsich im Schlußwort, die Allgemeine Arbeiterkammer, der dem Parteitag einberufenen Kommission zur sofortigen Erledigung zu überweisen. — Gemäß dem Antrag Silberhmidt wird die Einberufung einer Sonderkommission beschlossen, die sofort Anträge an die Gesetzgebung ausarbeiten soll. — Es folgt die Erledigung verschiedener Anträge: Ein Antrag auf energische Förderung des Genossenschaftswesens wird einstimmig angenommen. Anträge auf Neubestellung des Senatspräsidenten und die Resolution gegen den Alkoholismus werden den Parteigenossen zur Berücksichtigung empfohlen. Die Anträge auf Einberufung einer Weitzentrale geben an den Parteivorstand. Eine Resolution, die den Ausschluss des Zeitungsgewerbes die Sympathie ausdrückt, wird ebenfalls einstimmig angenommen, da sie im allgemeinen erklärt, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage Abhilfe vom Lohn nicht gestattet. — Es folgt die Wahl des Dries des nächsten Parteitag; vorgeschlagen sind: Altona, Kiel, Düsseldorf und Mannheim. Die Wahl bleibt dem Parteivorstand und dem Parteiausführung überlassen. — Die Kontrollkommission hat zu ihrem Vorsitzenden Brüder (Frankfurt a. M.) gewählt. — Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.

Herrn Müller hält die Schlüsselrede: Er dankt den Kassel Genossen für die Aufnahme und führt dann fort: Unter Parteitag hat laudable Arbeit geleistet. Wir wollen es an Genossenschaft mit Freude aufnehmen. In Halle haben wir die rechte und linke Flügel gewollt, nicht aber die beiden aus in aufsteigender Entwicklung. Das neue Mitteilungsblatt der Dicken in der U. S. W. bezeichnet die Freiheit als neue Gipsstrich. Damit hat sie ausgegeben, daß sie nicht die alte Gipsstrich ist. (Sehr richtig.) Frau Firsich hat in Halle ungeheuerliche Angriffe gegen uns getrieben. Wir sollten am 12. Januar von den Führern des Reichstages aus dem Reich und vertriebenen Parteigenossen ruhig zugehen haben. Das ist einfach gelogen. (Hört, hört!) Frau Firsich hat wieder behauptet, die Unabhängigen hätten dem Kampfsitz zuerst die Generalstreikparole ausgegeben. (Wachen) Auch das ist eine Geschichtsfälschung. Die Unabhängigen haben den Kampfplatz genau so verlassen wie am 9. September 1918. (Sehr richtig!) Hoffe die „keine Schlägerin von Halle“ (große Heiterkeit) durch ihre Lügen beim Auseinanderbersten der U. S. W. die Arbeiter bei ihrer Forderung zu halten? Sie wird sich äußern. Die Arbeiter werden zu uns kommen, weil sie müssen, daß uns Partei für sie arbeiten. (Sehr wahr.) Die Partei wird maßvollsteigend geben ihren Willen und durch die Berücksichtigung gewonnen werden, an einer Realisationsregierung teilzunehmen. Niemand darf uns hat Schluß danach, nur zwingende Gründe können uns dazu veranlassen. Trotz des Verfalls Friedens dürfen wir uns nicht zum Realismus treiben lassen. Wir sind dazu bereit, die Dinge zu ändern, und unter Volk zu verlieren, wenn wir sie nicht verlieren können. (Geschieht der Parteitag.) Der Revolutionsprozeß ist noch lange nicht abgeschlossen. Täglich können in der Umwälzung des europäischen Wirtschaftens neue Taktiken eintreten; da kann man nicht alles auf Richtlinien ableiten. (Sehr wahr.) Es können sich auch Dinge ereignen, die den Weg bis zu unserem Endziel abtären helfen. (Zuruf: Ja, das ist nie das Ziel aus den Augen verlieren.) (Brauo.)

Wenn die Berücksichtigung so hat werden, daß sie alle Wegweiser umstürzen, dann wird der wissenschaftliche Sozialismus als Kompromiß uns vorwärts führen zum Ziele. (Beifall der Beifall.)

Reformen und Endziel sind keine Gegensätze.

Die Kernfrage der nächsten Zeit ist die Sozialisierung. Kohlen-gewinnung, Kohlenverteilung, Eisen- und Stahlherzeugung sind für die Sozialisierung der Welt. Mit Zustimmung der Arbeiter sind wir uns das nicht abspüren. (Zustimmung.) Hieran hängt Deutschlands Leben und die Wiedergutmachung für Europa ab. Auch in der Bauwirtschaft muß es mit der Sozialisierung vorwärts gehen. Wir müssen die Stützen der Reaktion auf dem Lande brechen und bei den kommenden Wahlen in Sachsen und Preußen gute Ergebnisse erzielen. (Brauo.)

Nach den Erfahrungen mit der rein republikanischen Regierung vertraue ich fest auf neue Siege. (Stürmischer Beifall.)

Für eine preussische Reaktion ist im neuen Deutschland kein Platz. Wir haben uns einmütig für die entsetzliche beständige Einheitsrepublik ausgesprochen. (Beifall der Beifall.) Bei den Wahlen in Schlesien, in Ost- und Westpreußen, hat die junge Republik ihre verborgene Kraft gezeigt. Die Wahlen in Oberschlesien sind vollständig mit dem gleichen Erfolge für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse enden. (Stürmischer Beifall.) Ich danke auch der Rheinränderdeutschen (Kümmlicher Beifall und Handclatschen) und hoffe, daß der Wählerbund das Selbstbestimmungsrecht unserer deutschen Brüder in Ostpreußen und der deutschen Südoostal bald anerkennen, und daß diese sich bald mit der deutschen Republik vereinigen können. (Zuruf: Beifall und Handclatschen.) Das wird die deutsche Republik zu stärken helfen. (Beifall der Beifall.) Die deutsche Arbeiterklasse hat hier wieder eine republikanische Nationalhymne, noch einen Nationalfeiertag. Unter 1. Mai soll einmal gefeiert werden, aber nicht von Gnaden der bürgerlichen Koalitionsregierung und der Deutschen Volkspartei. (Sehr gut.) Am kommenden 1. Mai muß das Proletariat auch auf dem Lande der Reaktion zeigen, daß wir uns

durch ihren Selbstmord nicht bange machen lassen. (Sehr wahr.) Die Partei wollen wir, daß sie mit dem neuen Reich verhandelt, (Zustimmung.)

Wer diese Republik mit Gewalt bestreiten will, der ist vogelfrei.

(Stürmischer Beifall und Handclatschen.) — Unsere Partei wird weiter den Beweis liefern, daß sie unverwundlich ist. Jetzt ist uns die zweite Internationale dankbar dafür, daß wir auf dem Boden der Demokratie unsere sozialistische Partei so hart erhalten haben. Und sie in geschlossener Gärte mit den Bruderparteien des Auslandes wieder vereinigen. Jetzt wollen wir ewig zusammenbleiben für die Sicherung des Bestrebens und den Wiedererwerb der Menschheitskultur. (Stürmischer Beifall.) Mit einem deutschen Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie, in das die Delegierten stehen des gefeiert einstimmen, schließt der Vorsitzende den Parteitag. Schluß 12 Uhr.

Rindermord.

Die Entente verlangt die Lieferung von 810 000 Milch Kühen für Deutschland.

Am Donnerstag ist auf dem Parteitag die bereits gemeldete Resolution einstimmig angenommen worden, die das Weltprotariat zur Hilfe gegen das Verlangen der Entente nach Lieferung von 810 000 Milch Kühen aufruft. Ein Ueberrmittlungsfeld liegt in der letzten Ausgabe nur von 110 000 Tieren. Die geforderte Zahl ist also noch um ein vielfaches größer.

Leider hatte der Schluß der Debatte verhindert, daß diese Resolution begründet und die Einzelheiten dazu mitgeteilt wurden.

Das Verlaßer Diktat sagt in der Anlage VI § 2 des Artikels 244, daß die Wiedergutmachungskommission in einer Fülle alte die Verluste zusammenstellen, die durch die Schuld Deutschlands in den Krieg abgezogenen Gebieten entstanden sind. Diese Verluste müssen dann von Deutschland ersetzt werden. Die daraus entstehenden Forderungen enthalten auch sehr große Lieferungen an Tieren. Unschärfel der endgültigen Forderung habe Deutschland bis zum 10. April 1920 die uns bereits bekannten und abgeschlossenen Tierlieferungen an Frankreich und England, darunter etwa 14 000 Kühe, zu leisten.

Nunmehr hat die Wiedergutmachungskommission ihre umfangreiche Auffstellung, die die Forderungen auf Lieferung von Gegenständen von der Nobel bis zur fertigen Fabrik einrichtung enthalten, der deutschen Regierung überreicht. Darin wird unter anderem die sofortige Lieferung gefordert von: 10 000 Tieren, 500 000 Küben an Frankreich, 11 150 Stück Küben an Italien, 21 000 Küben an Belgien und 5000 Zuchtschweine, 52 000 Zuchtschweine und 100 000 Küben an Serbien, insgesamt also wird an Rindvieh von uns gefordert

- 100 000 Tiere
- 11 150 Stück Rindvieh
- 52 000 Zuchtschweine
- 810 000 Küben

Zuerstläufigen Informationen zufolge hat die Reichsregierung gegen die Forderung bei der Wiedergutmachungskommission Protest eingelegt.

In dieser Forderung liegt das Ungeheuerliche, was bisher an Kriegs- und Friedensmaßnahmen gegen das deutsche Volk verfügt worden ist. Amerikanische Menschenfreunde haben in Erkenntnis des viel zu schmalen Viehstandes in Deutschland die Lieferung von 100 000 Küben geschenktweise angeboten. Noch bevor es möglich ist, dieses hochherzige Geschenk zu realisieren, fordert die Entente von uns 810 000 Kühe. Wenn man sich vergeht wundert, wozu strenge Auslieferung die ententeiliche Wiedergutmachungskommission im Frühjahr d. J. gelegentlich der ersten Lieferung gebeten hat, so bedeuht das die Forderung von Übergabe der 810 000 holländischen Milch Küben, das sind etwa 10 Prozent des gesamten Viehstandes in Deutschland. Das bedeutet maßstablos die Abführung aller guten Kühe aus Deutschland. Eine gute Kuh gibt täglich in der besten Zeit bis zu 20 Liter Milch. Nehmen wir nur einen Durchschnitt von täglich 7 Litern an, so bedeuht 2 Kuh einen Ausfall in der deutschen Milchproduktion von rund 6 Millionen Litern Milch. Das ist die gesamte Rindermilch Deutschlands. Außerdem erleidet unsere an Gesamtspann an arme Bauernwirtschaft den Verlust von 25 000 Paar Geplannern, ferner werden uns dadurch rund 10 Millionen Zentner Rindfleisch abgenommen, außerdem sind 900 000 Säute für die Leder- und Schuhfabrikation. Herr Müller sagte bei der Abstimmung über diesen Antrag, daß wir hier einen Versuch von organisiertem Mord an deutschen Müttern und Kindern vor uns haben. Das ist ohne Zweifel richtig

Streit nach Differenzen zwischen Frankreich und England über die deutsche Wiedergutmachung.

Paris, 17. Oktober. Nach einer Londoner Meldung des Journal sind die Vorklässe der französischen Regierung in der Wiedergutmachungsfrage in London nicht gänzlich aufgenommen worden. Ein wesentlicher Bestandteil Frankreichs sei gewesen, sich im Augenblick auf Verhandlungen der Wiedergutmachung auszusprechen, wobei das spätere Vorgehen dem Wiedergutmachungsausschuss vorbehalten. Eine gestern abgegangene neue Note Lord Curzon erklärte, das Abkommen von Spa lasse in sich die vollständige Ausschaltung der Wiedergutmachungskommission. Die englische Regierung sei geneigt, alle technischen Beratungen anzunehmen, um die Regelung zu beschleunigen, aber sie sei der Ansicht, daß ihre Zulassung des Abkommens von Spa als auf Laibenden beruhend angesehen werden müsse. Die Note sei sehr höflich im Ton, aber sie bringe die Meinungsverschiedenheit nicht zum Ausdruck. Die Verhandlungen würden fortgesetzt. So habe gestern nachmittags der französische Geschäftsträger mit Lord Curzon eine Unterredung gehabt. Der Vertreter des Journal in London sagt hinzu, man schreibe Lord George die Absicht zu, eine neue Konferenz der Ministerpräsidenten zusammenzubringen, an der nicht nur die alliierten Ministerpräsidenten, sondern auch die von Deutschland, Oesterreich und Bulgarien teilnehmen sollten. Nach dem von King Standard würden zu dieser Konferenz die Ministerpräsidenten aller europäischen Staaten einbezogen werden. Das gleiche Blatt legt (nach einer Meldung des Express aus London), die englische Note in der Wiedergutmachungsfrage müßte getrennt am Quai d'Orsay überreicht werden sein. An ihr werde gesagt, die englische Regierung könne einigen Vorschlägen der französischen Regierung nicht zustimmen.

Deutschland soll soviel wie möglich leisten, in der Ansicht sind sich die beiden Rivalen von jeher einig gewesen. Differenzen bestehen nur über den Weg der zu diesem Ziele führt, wie man auch wieder aus dieser Nachricht ersieht kann.

Maßlose Ansprüche der Sieger.

Berlin, 16. Oktober. WTB. Das Finanz-Bureau veröffentlicht aus Mainz eine Entgegnung auf unsere neuesten Forderungen zur Frage der Besatzungskosten. Es muß dabei zugeben, daß der französische Finanzminister als Höhe der französischen Besatzungskosten in den Rheinlanden bis 31. Juli 18 Milliarden Franken angegeben hat. Ferner vermag Finanz nicht zu bestreiten, daß der Bau eines Munitionslagers in Kaiserslautern beschätzt gewesen, dessen Anlage tatsächlich 110 Millionen gekostet haben würde, wenn kein deutscher Einpruch erfolgt wäre. Bezüglich der Kosten für das Benzolrefektorium in Rastatt werden wiederholt Finanz als alte von uns bereits widerlegte Behauptung, daß der Vorkriegslog nur 1 1/2 Millionen Mark ergeben habe. Nach den hier bekannt gewordenen Zahlen handelt es sich tatsächlich um 40 Millionen. Bezüglich der Flugschiffe entscheidet sich Finanz, damit, daß in allen Fällen, wo dies möglich sei, die Terrains für die Flugschiffe zur Bebauung mit Futterpflanzen weiter bestanden werden und als Wiedergutmachungsmittel in Deutschland an den alliierten Vorkriegsstand im großen Maßstabe der Bebauung entgegen zu sein. Flugschiffe werden nicht. Der Bau von Flugplätzen für die Sold der französischen Truppen so niedrig wie möglich gehalten wird, heißt die Feststellung der Daily News vom 8. 10. 1919, daß das Einkommen eines einfachen Soldaten der internationalen Kommission bis die Höhe erreicht, wie das des deutschen Reichswaldministers.

1 000 000 Bergarbeiter streifen schon.

WTB. Am 16. Oktober, 16. Okt., "Telegraph" meldet aus London, daß der Bergarbeiterstreik in England proklamiert wurde. Eine Delegation von 100 Bergarbeitern hat die Bergarbeiterverbände beschickt in Anbetracht der unbeschränkten Antwort der britischen Regierung auf die Forderung einer Vorkriegshöhe aller Kohlenbergwerke in England, Wales und Schottland telegraphisch anzugeben, die Arbeit einzustellen. Eine Anzahl Bergarbeiter soll an der Arbeit bleiben, um die Bergwerke instand zu halten. Die Regierung hat alle Pläne bereitgestellt, um die Lebensmittelförderung ganz England sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist das Land in 14 Bezirke eingeteilt. Tausende von Arbeitslosen werden von den verschiedenen Mittelpunkten aus

Zugung der Gerichtsbeamten.

Ueber die Zugung des Verbandes preussischer und des Bundes deutscher Justizmänner vom 21. bis 25. September in Berlin, Hotel „Deutscher Hof“, geht uns folgender Bericht zu:

In Gegenwart von Vertretern des Justizministeriums, des preussischen Beamtenvereins, des Bundes der Justizmänner, des Reichsverbandes der Richter und Sekretäre sowie des Verbandes Preussischer Justizsekretäre eröffnete am 21. September 1920, vormittags 10 Uhr, Justizsekretär Meng als Vorsitz über die Mitgliedsvermittlung des bisherigen Verbandes Preussischer Justizsekretäre die Tagung. Geheimrat Thielmann übertrug die Leitung des Justizministeriums und betonte, daß die eigene selbständige Stellungnahme des Verbandes zu den die Justizverwaltung im Augenblick beherrschenden Fragen und Problemen, die den Mitgliedern eine nachhaltige Erweiterung ihres Geschäftsbereiches bringen werden, der Justizverwaltung wertvoll und von großer Bedeutung sei. Lebhafte Betschall ergab, als der Vertreter des Preussischen Richtervereins die Verammelten mit der von ihnen erstellten neuen Amtsbezeichnung anredete. In diesem Zusammenhang, daß die Angelegenheiten der Justizmänner, diejenigen der Richter seien. Für die angeführte Amtsbezeichnung ist auch der Justizminister bereits eingetreten. Über den seit April eingeführte „Oberkreiser“ ist nur eine vorübergehende Erwähnung. Demzufolge wurden Name und Gehalt des Verbandes, die allenthalben großes Ansehen genießt geändert in Hinblick auf Rechtsprechung und Justizverwaltung. Gegen den Verband Preussischer Justizmänner. Den Geschäftsbereich erstellte Justizsekretäre wurde in mehrstündigen vortrefflichen Ausführungen, die von ihrem Gehörpunkt aus sowohl Fragen allgemeiner Beamtenpolitik, als auch die besonderen Standesangelegenheiten der Justizmänner streiften.

An der Nachmittagsverammlung des ersten Tages nahm auch Geheimrat Thielmann als zweiter Vertreter des Justizministeriums Geheimrat Lucas teil. Einmütig und ohne weitere Ausprüche, die sich mit Rücksicht auf die tags zuvor im

Lebensmittel fahren. Im Beside Part soll, wie beim vorjährigen Eisenbahnstreik, wieder ein Kleinstand errichtet werden. Jährliche Freiwillige haben sich bereits gemeldet. Die Auktionen sind auf die Mitte herabgesetzt. Das Publikum hat die Aussicht von der Verblendung des Streiks ruhig entgegengenommen.

Berlin, 16. Oktober. (Reuter.) In mehreren Kohlenbergwerken hat der Streik begonnen. Die vollständige Einstellung der Arbeit wird gegen Abend erwartet. Die Erzeugung der Transportarbeiter wird Montag zu einer Sitzung zusammengetreten.

Berlin, 16. Oktober. (Reuter.) Die Zahl der am Streik beteiligten Bergleute übersteigt eine Million. Schon dreizehn Tausend sind in die zwangsweise Forderungen nach vielen Tausenden abgerufen worden. So meldet man, daß allein in einem Distrikt 21 000 Metallarbeiter wegen der Schließung der großen metallurgischen Betriebe ohne Arbeit sind.

Unruhen in Triest

Triest, den 15. Oktober. Nach Zusammenstößen mit demontierenden Sozialisten fürcmen Nationalisten in Triest das Gebäude des sozialistischen Blattes „Lavoratori“ und zerstörten mit Handgranaten Retention und Druckerei. Die Arbeiterschaft verurteilte darauf den Generalstreik.

Amerika und der russisch-polnische Vertrag.

Paris, 16. Oktober. Wie der „Chicago Tribune“ gemeldet wird, werden die Vereinigten Staaten den Vertrag zwischen Polen und Russland nicht anerkennen, weil über russisches Gebiet ohne Einwilligung der interessierten Bevölkerung verfügt worden sei.

Erdbeben.

Madriz, 17. Oktober. Madrizer Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Lima, wonach ein Erdbeben die Stadt Santa Lucia zerstört hat. Mehrere Hundert Personen sollen ums Leben gekommen sein.

Sinowiew ist heifer geworden.

WTB. Berlin, 17. Oktober. Die für heute angekündigte kommunistische Versammlung in Berlin, in der der Ruf Sinowiew reden wollte, hat stattgefunden. Sinowiew war erschienen, ergriß aber nicht das Wort, weil er an Heiserkeit leidet.

Interessere Festberührung.

Der Reichsgerichtspräsident Hermes hat durch seine Ernährungspolitik schon manches Aufsehen erregt. Auch nach der neuen Ernennung, die nicht nur auf dem Gebiete der Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln lag. Am schärfsten für unser Volk waren seine Maßnahmen bei dem Einkauf von Fetten und Delen. Jetzt verbreitet Wolffs Telegraphen-Büro folgende Meldung:

Berlin, 16. Oktober. Von betriebliger Seite wird uns berichtet, daß die langjährig in Mitglieder des Vorstandes des Reichsausschusses für Delc und Fetts am 30. September d. J. wegen der bekannten Differenzen mit dem Ernährungsminister in der Angelegenheit der Beschaffung von Delen und Fetten zur Bedienung des Bedarfs an Margarine und Speisöl aus ihren Stellungen ausgeschieden sind.

Berlin, 16. Oktober. Amtlich. Gegen den Reichsminister Dr. Hermes sind in der Öffentlichkeit Angriffe sachlicher und persönlicher Art erhoben worden. Soweit diese Angriffe sich auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik bewegen, wird Gelegenheit sein, bei den Verhandlungen des Reichstages die erforderliche Klärung herbeizuführen. Soweit es sich um persönliche Anschuldigungen gegen die Person des Reichsministers handelt, die gegen die seiner Geschäftsführung in Zweifel zu ziehen suchen, hat der Reichstagler auf ausdrücklichen Wunsch des Reichsministers Dr. Hermes im Einvernehmen mit dem Kabinett den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister beauftragt, die Sach- und Rechtslage festzustellen.

Der Streik in Leipzig beendet.

Leipzig, 16. Oktober. Die streikenden Gas- und Elektrizitätsarbeiter haben heute nachmittags mit großer Mehrheit die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen; damit ist der eine Woche dauernde Streik beendet.

Gesamtstand erfolgte ergebnisse Behandlung dieser Angelegenheit erbrachte, wurde das bei's vollenge Auscheiden aus dem Justizbeamtenbund und dem deutschen Beamtenbunde gestiftet und die Gründung des Bundes der Justizbeamten Preussens zusammen mit Richtern und Sekretären genehmigt. Dieser Bund tritt aber nicht nur für die angestrebten Beamten ein, sondern erstreckt sich fernerhin auf alle Justizbeamte.

Die heute beschlossene Überplanung der Gewerkschaftsorganisation und -politik macht der neue Bund aber nicht mit, wie er auch in der Einzelfrage eine mehr auf die Staatsnotwendigkeit Rücksicht nehmende Stellung einnimmt. Einen breiten Raum nahmen die Erörterungen über die Not- und Ausbildung des für den Justizamtstand in Frage kommenden Beamtenstandes ein. Eine vierjährige Vorbereitungszeit neben dem Reifezeugnis für eine neunmonatige Lehrzeit wird für erforderlich gehalten. Gegen alle Behauptungen, die von 1. April 1920 an angefallenen und nach anschließenden Amtsenossen in einer niedrigeren Besoldungsgruppe einschließen als die übrigen, wurde einstimmig Widerspruch eingelegt.

Im Vorbergrunde des zweiten Tages standen die Fragen des Wirtschaftlichen Wohlfahrtswesens. Aufschluß war die neue Artigkeit zeitigende Ausprüche auf dem Bericht des Justizsekretärs Dörmerner. Nach der Mittheilung riefen die Behauptungen der Justizmänner auf Verbesserung richterlicher Gehälter in den Vordergrund. Der Berichtshalter Rottke überließ sich mit Rücksicht auf die in diesem Fortschreiten der Vorklässe des Verbandes zur Neuordnung der Rechtsprechung ziemlich ruhig lassen. (Stim. B. W.). Wir haben die Vorklässe ausgenommen in dem Artikel „Der Justizreform“ in Nr. 33 unseres Blattes vom 9. 2. 20 (unter vielen Beilagenangelegen.) Aus diesen Ausführungen ist insbesondere hervorzuheben, daß das Staatswohl und die unglückliche Finanzlage schon allein eine gesunde Demokratisierung der Justizverwaltung auf dem Boden zweckentsprechender Arbeitsteilung als bisher erforderlich.

Daneben aber geht es den Richterstand zu heben und seiner eigentlichen Bestimmung, nämlich der des Richterprechens, zuzuführen. Der Vorsitzende des Preussischen Richterpreussens betonte

den vereinbarten der Richter, das Bestreben der Justizmänner, vorwärts zu kommen, zu unterstützen.

Nach der Gesamtsitzungsabstimmung am 23. 9. begann am 24. September die öffentliche Tagung des Bundes Deutscher Justizsekretäre, zu der Vertreter aus allen Gauen Deutschlands herbeigeleitet waren. Am Vortage des Reichsjustizministers beehrte auch der Reichsminister die Tagung. Die Verhandlungen wurden am 24. September im Saal des Reichsjustizministeriums eröffnet. Der Reichsminister betonte, daß der Reichsjustizminister beehrt ist, mit der Ständesorganisation, die namentlich den Namen „Bund Deutscher Justizmänner“ führt, bei der Vorbereitung von gesetzgeberischen Maßnahmen in enge Fühlung zu treten. Seitens des neuorganisierten Bundes der Justizbeamten Preussens erklärte Landesjustizsekretär B. o. d. e. r. inwend mehr. Wichtigkeiten zwischen preussischen Richtern und Justizmännern für die Zukunft für auszuweisen und mündlich, doch ein schließlich gutes Verhältnis auch in den außerpreussischen Staaten bald eintreten möge. Amtschef Dr. O. e. t. i. n. g. e. r. freute sich im Namen des Preussischen Richterpreussens feststellen zu können, daß das Niveau des vorangehenden preussischen Verbandes viel höher wäre, als es bei derzeitigen Tagungen durch den Fall wäre. So tritt er beiseite. Er hat die einzelnen Beamtengattungen gegeneinander auszusprechen, habe leider auch in vergangener Zeit das bedauerliche Verhältnis geteilt. Seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß der Redner mit den Worten: „Ihr Ausstieg ist auch unser Ausstieg. Was Fortentwicklung ist unsere auch. Tot ist der Gerichtsreiber von gestern nur heute der Justizmännern von heute.“

Die Erhaltung des Geschäftsbereiches durch den Justizsekretär M. e. n. g. B. e. r. l. i. n. i. e. eine eingehende Ausprache über den von Bundespräsident Anhalt gestellten Antrag auf Übernahme der Justizverwaltungen auf das Reich. Von vornherein war nicht zu erwarten, daß demersprechend ohne weiteres beschlossen würde. Denn die Entscheidung der Stellung des Reichs- und Landesjustizministers in Wittenberg a. B. hat sich den heutigen Beschlüssen nicht mehr angeschlossen, als die einzelnen Beamtengattungen. Die öffentliche Sitzung des Reichsjustizministeriums am 24. September, die die Entscheidung über die Übernahme der Justizverwaltungen auf das Reich. Von vornherein war nicht zu erwarten, daß demersprechend ohne weiteres beschlossen würde. Denn die Entscheidung der Stellung des Reichs- und Landesjustizministers in Wittenberg a. B. hat sich den heutigen Beschlüssen nicht mehr angeschlossen, als die einzelnen Beamtengattungen. Die öffentliche Sitzung des Reichsjustizministeriums am 24. September, die die Entscheidung über die Übernahme der Justizverwaltungen auf das Reich. Von vornherein war nicht zu erwarten, daß demersprechend ohne weiteres beschlossen würde. Denn die Entscheidung der Stellung des Reichs- und Landesjustizministers in Wittenberg a. B. hat sich den heutigen Beschlüssen nicht mehr angeschlossen, als die einzelnen Beamtengattungen.

Eingefandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Der Streik der Elektricitätsbetriebe.

Der gestern unter dieser Überschrift erschienene Artikel des Betriebsrates des hiesigen Elektricitätsbetriebes enthält mit Bezug auf die Eisenbahnarbeiter Äußerungen, die geeignet sind, bei den meisten Schichten der Bevölkerung ein den Tatsachen widersprechendes Bild zu entrollen. Am letzten Abend hielt unter anderem der Gass; daß die Eisenbahnarbeiter ihren Arbeiter in gleicher Eigenschaft den Zeiten entsprechenden Wochenlöhne von 250 Mark gewährt, während der Magistat nur Löhne von 261 60 M. bezahlt. Somit der Bericht, und hier ist es, wo dem Betriebsrat des Elektricitätsbetriebes entgegen werden muß, daß er sich in einem großen Irrtum befindet. Die hiesigen Löhne bei der Eisenbahnerverwaltung überhaupt, sind in Berlin pro Woche für einen verheirateten Kollegen mit drei Kindern nur 292 80 M., während der Lohn in Halle gar nur 274 40 M. beträgt. Hierbei ist nun noch zu berücksichtigen, daß Arbeiter derselben Klasse, wie die Arbeiter des hiesigen Elektricitätsbetriebes nicht in der höchsten, sondern in der dritten Lohngruppe einbezogen werden. Hier beträgt der Lohn sogar noch weniger, so daß solche Arbeiter kaum den Lohn der Arbeiter des Elektricitätsbetriebes erreichen.

Wir möchten dem Betriebsrat des Elektricitätsbetriebes empfehlen, bei Vertretung solcher Gerüchte in der Öffentlichkeit mit etwas mehr Vorsicht zu verfahren, da sie jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Sie sind eher gut geeignet, den streikenden Arbeiter in Staatsbetrieben Material in die Hände zu geben, womit die Leute dann treiben gehen und alle Studien an der Vertueerung der Verkehrswege den Eisenbahnarbeitern in die Schuhe schieben. Es ist besser, man erkundigt sich vorher an maßgebender Stelle, ehe man mit den Zahlen in der Öffentlichkeit herumwirft, die der einen Kategorie nur schaden, den Arbeitern des hiesigen Elektricitätsbetriebes aber keinen Nutzen bringen.

Die Ortsgruppe Halle des Deutschen Eisenbahner-Verbandes

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Ein Appell Oesterreichs an den Völkerverband.
Wien, 17. Oktober. Den Zeitungen zufolge richteten die österreichischen Handels- und Gewerkskammern im Verein mit den Unternehmerorganisationen des Handels, des Gewerbes und der Industrie einen Appell an den Völkerverband. Darin wird die verhängnisvolle wirtschaftliche Lage Oesterreichs geschildert und die fürkärftigen und schädlichsten Folgen des Friedensvertrages werden beleuchtet. Der Appell macht auf die Notwendigkeit einer nicht nur gegen die Symptome der traffen Not gerichtet, sondern einer organisierten Hilfsaktion aufmerksam, ohne dem Beschluß der im Völkerverband vertretenen Regierungen über die Art der Hilfeleistung vorzugreifen.

Die hiesigen Sozialisten zur Regierungsbildung.
Brüssel, 16. Oktober. Die Vereinigung der Brüsseler Sozialdemokraten hat in einer Versammlung Stellung genommen zu der Frage, ob die Sozialisten auch weiterhin an der Regierung teilnehmen sollen. Wabersdo hat erklärt, die Frage sei nicht mehr diskutabel, wenn die Ministämbildung nicht auf 6 Monate herabgesetzt, und wenn das Streikrecht nicht in vollem Umfang gewährleistet werde.

Japan besetzt Sachalin.
London, 17. Oktober. Ein Junkspruch aus Moskau meldet, daß Japan sich der Insel Sachalin bemächtigt habe.

Cesar Klaißner gestorben.
Gumbelshelm (Württemberg), 17. Oktober. Der Dichter Cesar Klaißner ist gestern nach kurzer Krankheit gestorben.

Verantwortlich: Für Politik, Gemeinwesen und Gemeinlichkeits Paul Dammert; für Kunst, Literatur und Wissenschaften: Paul Dammert; für Wirtschaft, Industrie und Handel: Paul Dammert; für Landwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Jagd und Viehzucht: Paul Dammert.

Alte Promenade
Fernruf 5738.



Leipzigerstr. 88
Fernruf 1224.

Der grosse Prunk-
film der Ufa
Sumurun

6 Akte. 6 Akte.
In den Hauptrollen:
Pola Negri
Paul Wegener
Harry Liedtke.

Die Presse schreibt:
Sumurun, der neueste
Prachtfilm der Ufa, über
dessen Werden man seit
Wochen schon allerlei ge-
hört hatte, hat nun im Ufa-
Palast am Zoo in Berlin
seine Uraufführung erlebt.
Grosse Farbenpracht des
Genzen, die wundervollen,
echt orientalischen Bau-
ten und Interieurs tausend
Feinheiten der Regie und
Darstellung sind in einem
wie es zu sehen einen ganz
in ihren Bann, die Mächten
welt des Films in ungehörter
Volkommenheit. Erst
Lubitsch, der Max Reinhardt
des Films, hat uns wieder
ein Meisterwerk beschert.
Ein einziger starker Ein-
druck beherrscht einen beim
Schauen dieses Filmwerkes;
hier ist wieder einmal et-
was ganz Unerhörtes ge-
schlossen worden, ein Werk
das den Ruhm des deutschen
Films wieder in alle Welt
hineintragen wird. Mit
schier übermenschlichem
Fleiß ist man zu Werke
gegangen und das Ergebnis
ist ein in jeder Beziehung
erfülltes abgerundetes
Ganzes, von den Hauptdar-
stellern bis zu den vergn-
und darüber hinaus bis zum
letzten Komparan jeden
hat sein Bestes gegeben
Vorführung: 4.15 6.25 8.40.

Während dieses Pro-
gramms sind die kleinen
Preise aufgehoben. Freis-
karten ungtig. Frühes
Kommen sichert guten Platz.

Beginn:
Wochentags 4 Uhr.

Eintrittskarten haben nur am Tage der Gtligkeit.

Grosses
Doppel-Programm.

Das sensationelle
Detektiv-Thriller

**Der Millionen-
raub in der
Industriebank**

(Sein letzter Trick)
— 5 Akte —
mit

Heinrich Peer
als Detektiv.

Vorführung: 4.50 7.00 9.20.

Eva May

in dem felergreifenden
Drama

Schloss Einöd.

4 Akte 4 Akte

Vorführung: 4.00 6.10 9.20.

Wochentags bis 5 Uhr
kleine Preise bei vollem
Programm.

Beginn:
Wochentags 4 Uhr.

**WALHALLA
LICHTSPIEL THEATER**

Täglich

JUDEX

Das Rätsel der Kriminalistik
Fünfter Teil — Vier Akte

Vorführung: 4.00 6.45 9.30 Uhr.

Niemand weiss es!

Wer ist der Vaer?
Ergreifendes Gesellschafts-Drama
in 6 Akten von LUPU PICK.
In den Hauptrollen:
Lulu Pick — Edith Posca — Johannes Riemann.
Vorführung: 5.00 7.50 Uhr.

**Die Deutschen
Parteiprogramme**

von Dr. Felix Salomon
Professor der Universität Leipzig.

Der Verfasser hat unter Mitwirkung anderer Autoren
und Vernehmung von Proklamationen der politischen Par-
teien eine wichtige Sammlung über deren Programme und
Wahrheit an das öffentliche Leben aus der Zeit vom Beginn
der Revolution, November 1918 bis zum neuen Reichstag
1920 zusammengestellt.
Jeder Politiker mag diese Schrift zur Hand
haben, wenn er sich politisch bilden und mit den gegen-
wärtigen politischen Parteien in den drei zurückliegenden
weltaufschüttend wichtigen Jahren beschäftigen will.
Die aus dem Verlag von W. G. Deubner, Leipzig,
Berlin kommende Schrift ist in der

Buchhandlung der Volksstimme
Grosse Ulrichstrasse 27 zu haben.
Preis Mark 10.—

Dienstag
billige Fische

- Feinster Angelfisch 2 Pf. 2.30
- Gelechts o. Kopf " 2.80
- Kabellau o. Kopf " 3.40
- Lebende Karpien " 12.00
- do. Hechte " 10.00
- do. Schleie " 15.00
- starke lebende Hale " 20.00

Dienstag nachm. eintrafend
Große Zeitbündlinge
Mitte nur 30 Mk.
Groschbacher Schenkisch, per Kiste 27 Pf.
Inhalt 85.00 Mk.

Friedrich Krämer,
Fisch- und Fischhandlung,
Güterplan 3, Fernr. 6205
Werktagss Verkauf am Wochenmarkt,
Fernruf dort 6600.

Apollo-Theater
18. 17.4
Die neue Operette!
„Die Dame
im Frack“
mit Ulla von Stroobure
u. Richard Gemina u. G.
Soren. 9 - 1 u. 5-6.

Stadt-Theater
Dienstag, den 19. Okt.,
Abt. 7, Ende 10.4 Uhr:
Zur Erinnerung an
die erste Aufführung
am 19. Oktober 1943.
Tannhäuser.
Mittwoch:
Der Wallenschmidt.

Pianos, neu
auch auf Teilzahlung,
Stimmungen (Ludwig,
H. Lüder, Mittelstr. 1-10)

Kurt Litzberg
Abt. Verkaufsstelle
Gr. Steinstr. 11
Telefon 4023.
Eigene Erzeugnisse in
Beleuchtungsgeräten,
Kochern, Platten, Ko-
feln in großer Auswahl
billig.

Schülermützen
in aus bester Verarbeitung
empfiehlt die Mützenfabrik
J. Kaliga Große
Steing. 35

Die Welt-Literatur.
Jede Woche ein Werk.

Die besten Romane und Novellen aller Zeiten und Völker.
Einzelnnummer 80 Pf. Vierteljährlicher Bezugspreis 10 Mk.
Nr. 38. 1920.

Sonder-Nummer.
**Henri
Barbusse.**
Bisher zumeist unveröffentlichte
Novellen dieses berühmten fran-
zösischen Autors und Menschenfreundes.
Inhalt:
**Der Sohn :: Auferstehung
Ihr Weg :: Verhängnis
Der Wächter
Traum.**

Buchhandlung der Volksstimme,
Gr. Ulrichstrasse 27,
hält stets die neuesten Nummern am Lager. Bei Quartalsbezug erfolgt
die Zustellung auch durch die Austräger.

Die neue Steuererleichterung.
Ratgeber
für Arbeitnehmer, Beamte, Handwerker
von
Walter Loeb.
Einführung und Erläuterung über:
Die Reichsabgabenordnung (Gesetz vom 13. 12. 1919)
Das Reichseinkommensteuergesetz (Gesetz vom 29. 3. 1920)
Das Kapitalertragssteuergesetz (Gesetz vom 29. 3. 1920)
Das Reichslohngesetz (Gesetz vom 31. 12. 1919)
Das Bundessteuergesetz (Gesetz vom 30. 3. 1920)
Preis 5.40 M.
Verständig in der
Buchhandlung der Volksstimme,
Grosse Ulrichstrasse 27.
Auf Wunsch erfolgt die Zustellung auch durch die Zeitungs-
abnehmer.

**Welternte
Kesselschmiede**
mit Wassermotorgang, Ho-
verhorteile bei guten Fein-
und Nickerarbeit einricht.
Schiffh. Angebote mit Unab-
hängiger Täglichkeit an
Franz Seiff ri,
W. G. Eisenpattner,
Wolfswinkel
bei Gerowalde.
Viel Geld
verdienen Leute jeden
Standes durch Posiver-
sandschäft stets ge-
kaufter Artikel. Aus-
kunft v. Schließfach 116,
Cassel, Abteilg. 3185.
Rückporto erbeten

Engelhardt
Heute Ausschank
**Engelhardt
Vollbier!**
nur **Engelhardt
Vollbier**



Mit dem Verbot, das der 30. Januar hat...

Nachdem noch ein Antrag, die in Leipzig...

Schluss nach 11 Uhr.

Nach dem Verbot.

Tagung des rechten Flügel.

Nach den letzten Verhandlungen des ersten Tages...

Was es der Parteitag, der am 14.12.1920 im Volkspark...

In beiden Fällen wurde den Erklärungen abgegangen...

einziges auserbildete Menschen um die Rassen...

im Reich, Staat und Kommune folgen. Wird es ein Kampf...

im Kampf um die Befreiung des Proletariats...

Die deutsche Arbeiterbewegung würde sich nicht auf...

Wie gelangt, die Lage auf dem politischen Terrain...

Wenn nun auf der Schlusstagung der „Rechten“ die Dittmann...

den beiden Mann gegen den „Reformsozialismus“...

Die rassistische Verrechnung mit der bisherigen Politik...

Das Interstellat ist aber, doch der Parteitag...

überlich ergeben sich, ja, sogar dem Redner noch laute...

Der langjährige Abgeordnete des Hallischen Wahlkreises,

bezeichnete diese Trennung als das Werk...

für den „lindernden Heiligen“ Sinowjew fand er keinen...

In diesem Sinne sprachen alle über den Redner und...

Die Vorlesungen führten zu folgendem Ergebnis:

eigenen der Wunden wäre, das man verlegen kann...

Die Diktatur als Lebensstadium ist genau die gleiche...

Es gibt nur ein entweder — oder. Demokratie oder...

Das Wutengelium.

Zur Rede Sinowjews schreibt die Sozialistische Korrespondenz...

Mit zynischer Offenheit hat der Abgeordnete Sinowjew...

Das Wutengelium.

Delisch, Kartoffel-Vorlesung, Brotmarkenausgabe, Weißensfels, Kartoffel-Vorlesung, Brotmarkenausgabe, Weißensfels, Kartoffel-Vorlesung, Brotmarkenausgabe, Weißensfels.

Brot von Arbeitsstiefeln, Von Montag, den 18. d. Mts., ab verkaufen wir im Reich...

Gelesen ist erschienen: Ein Drama von Georg Büchner, Dantons Tod, Verlag der Volksstimme.